

GESAMTEUROPÄISCHE UND OST(MITTEL)EUROPÄISCHE ERINNERUNGSORTE

1948 – 1968 – 1989 UND 1945 – 1956 – 2004

VON STEFAN TROEBST*

Herr Präsident,

sehr geehrte Landesbeauftragte,

Frau Dr. Kaminsky, Herr Abgeordneter Meckel,

meine Damen und Herren,

„Geschichte schreiben“, so Walter Benjamin, der Berliner Philosoph und Kunstwissenschaftler, der sich 1940 auf der Flucht vor den Nazis an der spanisch-französischen Grenze das Leben genommen hat, „Geschichte schreiben heißt, Jahreszahlen ihre Physiognomie geben.“ Entsprechend sind Jahreszahlen also mitnichten bloße mnemotechnische Interpretationshilfen, sondern stellen vielmehr abstrakte Zuspitzungen von historischen Prozessen, Umwälzungen, Brüchen dar.

Der praktisch-merkpädagogische Aspekt von Jahreszahlen ist zugleich der offenkundigste: Einige unter Ihnen memorieren vielleicht noch einen Merkspruch, demzufolge im Jahr 333 bei Issos eine Schlacht zwischen Makedonen und Persern stattgefunden hat, oder wissen, wofür der Spruch „Leipzig-Einundleipzig“ steht beziehungsweise kennen die seit ihrer Erstveröffentlichung vor fast achtzig Jahren bis heute populärste Ironisierung der Geschichte Englands, die den Titel *1066 and All That* trägt – auf Deutsch in etwa „1066 und der ganze Kram“ (womit natürlich die normannische Invasion auf den britischen Inseln gemeint ist).

Zum anderen aber können Jahreszahlen zugleich Programm sein, das heißt in der Nusschale bestimmte Interpretationen der Geschichte – „Geschichtsbilder“ – enthalten. Wir erinnern uns alle noch an die gemäß sowjetischem Vorbild auch in

* Prof. Dr. Stefan Troebst, Professor für Kulturstudien Ostmitteleuropas an der Universität Leipzig (troebst@uni-leipzig.de). - Einführungsvortrag auf dem 12. Bundesweiten Kongress der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Vergangenheit „Die Teilung der Welt: 1948 – 1968 – 1989“, Berlin, Berliner Rathaus, 19. April 2008.

der DDR gültige Einteilung der Weltgeschichte in eine Epoche vor und eine nach „1917“ – dem Jahr der vorgeblich „Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“ - oder an die bis heute in der Rußländischen Föderation gültige Formel vom wiederum „Großen Vaterländischen Krieg 1941-1945“, welche – nebenbei bemerkt - die sowjetische Beteiligung an der dem deutschen Angriff auf Polen von 1939 folgenden Teilung des Landes zwischen Hitler und Stalin zielgerichtet unterschlägt. Und in literarischer Form hat sich George Orwell diese programmatische Funktion von Jahreszahlen in seinem berühmten Roman aus dem Jahr 1949 mit dem lakonischen Titel *1984* (Nineteen eightyfour - Neunzehnhundertvierundachtzig) zunutze gemacht. Inspiriert von dem sowjetkritischen exilrussischen Schriftsteller Evgenij Zamjatin entwarf Orwell darin die negative Utopie eines totalitären Überwachungsstaates.

Mit anderen Worten: Jahreszahlen können zum einen als Gedächtnisstütze, zum anderen aber als Interpretationskondensat und damit als Abkürzungen für komplexe historische Prozesse dienen. Sie können darüber hinaus die Funktion von *Jahrestagen*, sprich: Jubiläen, übernehmen – der 8. Mai 1945 wäre ein solches Datum oder der 17. Juni 1953. Nicht zufällig heißt derjenige deutschsprachige Gegenwartroman, in dem die Geschichte der beiden deutschen Diktaturen des 20. Jahrhunderts in ihrer tragischen Verflechtung am eindringlichsten dargestellt wird, eben so: *Jahrestage* von Uwe Johnson. (Und wiederum nicht zufällig endet der Roman an eben einem solchem Jahrestag, dem 21. August 1968.)

Dass Jahrestage als Motor des kollektiven Kurzzeitgedächtnisses wirken, haben wir zuletzt 2005 bezüglich der tief gespaltenen Erinnerungen der Europäer an den „8. (bzw. 9.) Mai 1945“ erlebt, 2006 galt das Interesse „1956“ und dem, was damals im sowjetischen Machtbereich geschah, im laufenden Jahr steht „1968“ allgegenwärtig sowie gesamteuropäisch im Fokus, und 2009 rückt unaufhaltsam die Gedenkkönigin „1989“ – und, nicht zu vergessen, diejenige „1939“! - heran. In einem solchen Kontext ähneln Jahrestage dem, was der französische Historiker Pierre Nora als *lieux de mémoire* bezeichnet hat, also als Erinnerungsorte, die entweder konkret-authentische oder metaphorische oder eine beides kombinierende Bedeutung

haben können. „Stalingrad“ etwa ist sowohl der konkrete Ort eines militärischen Großereignisses als auch eine Chiffre im Gedächtnis von Deutschen und Russen, aber auch – was häufig vergessen wird - von Italienern, Kroaten, Rumänen, Ungarn, Georgiern, Ukrainern, Tataren, Kazachen, Usbeken, Tadschiken und vielen anderen Nationen.

Im folgenden will ich Sie einladen, mit mir zusammen einen gleichsam doppelten *tour d'horizon*, eine Rundreise durch die Zeitgeschichte Europas zu unternehmen, und zwar zum einen entlang der durch unser Tagungsthema vorgegebenen Periodisierungsmarken „1948“, „1968“ und „1989“, zum anderen entlang der alternativen historischen Zäsuren „1945“, „1956“ und „2004“. Beide Gliederungsschemata haben sowohl ihre Berechtigung wie ihre Spezifik, ihre jeweiligen Vorteile, aber auch ihre Schwächen. Sie sind beide durch die Spaltung Europas im Zuge des Zweiten Weltkriegs bedingt. Doch während in der Abfolge '48 – '68 – '89 die westliche Perspektive dominiert, überwiegt in der Kadenz '45 – '56 – '04 die östliche Sichtweise, wie ich zu zeigen versuchen will. Beide Periodisierungsmuster stellen dabei Teleologien dar, sind also auf ein Ziel ausgerichtet und werden als Erfolgsgeschichten erzählt. Zu Teilen widersprechen sie sich, streckenweise ergänzen sie sich aber und sind miteinander kompatibel.

(I)

Ich beginne also mit

(1) 1948.

In der vergangenen Woche ist in einem der größten US-amerikanischen Universitätsverlage, bei Yale University Press, ein Buch des Historikers Benny Morris mit dem lakonischen Titel *1948* (Nineteenfortyeight, also Neuzehnhundertachtundvierzig) erschienen. Auf dem Buchumschlag sieht man ein zerschossenes Haus, davor Uniformierte mit Gewehren im Anschlag. Es handelt sich allerdings nicht um eine zeitgenössische Aufnahme vom Potsdamer Platz oder von der Bernauer Strasse, sondern um eine aus Jerusalem, denn der Untertitel des

Buches heißt *A History of the First Arab-Israeli War* – „Eine Geschichte des Ersten Arabisch-Israelischen Krieges“ - eines Krieges, der bekanntlich 1948 zur Gründung des Staates Israel führte.

Unbestritten hat nun, wie es in der Einladungskarte zu unserem Kongress heißt, „die Teilung der Welt [...] ihren Niederschlag“ in der Jahreszahl 1948 gefunden, und unzweifelhaft stand „im Brennpunkt der Geschehnisse [...] dabei Berlin“ – aber das war eben nur *ein* Brennpunkt neben anderen und zum Teil wesentlich dramatischeren. Der Krieg im britischen Protektorat Palästina und die Gründung Israels standen dabei kommunizierenden Röhren gleich in Verbindung zu einem anderen Konflikt, der ebenfalls im Jahr 1948 ausbrach bzw. besser: offenkundig wurde – derjenige zwischen Tito und Stalin. Denn die Sowjetunion unterstützte das nahöstliche Staatsgründungsprojekt ihrer Weltkriegsalliierten Großbritannien und USA, wohingegen die Führung Jugoslawiens hierzu eine konträre Politik verfolgte, wie übrigens zeitgleich bezüglich des Bürgerkrieges in Griechenland und mit Blick auf Stadt und Region Triest im damaligen jugoslawisch-italienischen Grenzgebiet. Tito ging hier auf Konfrontationskurs mit dem Westen, während Stalin zur Zurückhaltung mahnte. Entsprechend kam es im Sommer 1948 zum Bruch zwischen Belgrad und Moskau. Der Osten war damit kein Block mehr, die sowjetische Hegemonie offen in Frage gestellt, der Bann gleichsam gebrochen - mit weitreichenden Folgen, denken wir an das, was 1956, 1968 und 1989 geschah.

Aber zurück nach Berlin: Die Währungsreform und die Einführung der D-Mark in den Westzonen samt Westsektoren Berlins, vor allem aber die sowjetische Abriegelung eben dieser Westsektoren, die daraus resultierende Teilung der Stadt und die alliierte Luftbrücke zur Versorgung der jetzt eingeschlossenen Berliner sind einschneidende Ereignisse und Veränderungen, welche die Funktion eines weltpolitischen Seismographen hatten, die aber im – in Anführungszeichen – „Rest der Welt“ mitnichten gleichsam in Echtzeit als globalhistorische Zäsuren gewertet wurden. Dafür war der Kalte Krieg bereits zu offenkundig, nämlich spätestens seit der Staffelstabübergabe im Griechischen Bürgerkrieg im Frühjahr des Vorjahres von den Briten an die Amerikaner – im Ergebnis der neuen Truman-Doktrin - und

seit der von Stalins Chefideologen Andrej Ždanov geprägten Formel von den „Zwei Lagern der Weltpolitik“, nämlich demjenigen des „Imperialismus“ und dem des „Friedens“, ebenfalls bereits 1947. Als Beleg für diese Interpretation mag die Reibungslosigkeit gelten, mit welcher das Ende der Demokratie in der Tschechoslowakei und die scheinlegale Machtübernahme der Kommunisten dort im März 1948 von statten gingen. Im Westen löste dies keinerlei Protestreaktionen mehr aus, galt Ostmitteleuropa jetzt als Hinterhof Moskaus.

Dass „1948“ entsprechend bis heute eine primär deutsche und dabei vor allem Berliner Bedeutung hat, können wir, glaube ich, an der aktuellen Diskussion um den Flughafen Tempelhof ablesen. Im Kern, so meine Vermutung, geht es hier nicht primär um so rationale Dinge wie Verkehrsinfrastruktur, Luftverkehr und Wirtschaftsförderung, sondern um Erinnerung, sprich: Emotionen, genauer: um den Stellenwert westallierter Solidarität mit den eingeschlossenen Berlinern 1948/49 im kollektiven Gedächtnis der Hauptstadt, um die symbolische Funktion des nationalsozialistischen zweckarchitektonischen Mammutbaus als im Wortsinne letzten Ausweg aus der eingeschlossenen Metropole, um einen klassischen Erinnerungsort im Sinne Pierre Noras also. Die „Hungerharke“, Eberhard Ludwigs 1951 errichtetes Luftbrückendenkmal auf dem gleichnamigen Berliner Platz, erweist sich heute, 60 Jahre *nach* Blockadebeginn, als wesentlich geschichtsmächtigeres Symbol denn zur Zeit ihrer Errichtung.

Das ist – zugegebenermaßen – die Deutung eines Kulturwissenschaftlers, nicht die eines Politologen oder Meinungsforschers. Aber das von Tempelhof-Gegner vorgebrachte historisierende Argument, die Bewohner des Ostteils von Berlin verbänden mit dem Flugplatz keinerlei Erinnerungen, weder positive noch negative, und daher könne dieser getrost einer anderen Bestimmung zugeführt werden, scheint mir dies im Umkehrschluß zu belegen. Im übrigen ist dieses Argument natürlich unhistorisch, denn die politische Teilung der Stadt sowie auch und gerade die Luftbrücke waren selbstverständlich Ereignisse, die den Ostteil genau so wie den Westteil betrafen und von der Erlebnisgeneration gleichermassen, wengleich häufig unterschiedlich erinnert werden.

Das zweite durch unser Kongressprogramm vorgegebene Datum ist

(2) 1968,

das wir hierzulande sowohl mit der Studentenbewegung – derjenigen in Westberlin einschließlich Westdeutschlands und der in Frankreich - als auch mit dem Prager Frühling assoziieren. Beide Veränderungsprozesse waren ursächlich unverbunden, doch gab es unmittelbare Berührungsfelder, so etwa die IX. Weltfestspiele der Jugend und Studenten im Sommer 1968 in der bulgarischen Hauptstadt Sofija, bei denen es zu einem intensiven gesamteuropäischen Ideentransfer (und zu zahlreichen Zusammenstößen mit den bulgarischen Sicherheitsorganen) kam. Und natürlich pilgerten bundesdeutsche und westeuropäische Jugendliche, Studierende und Intellektuelle vor der Intervention der Warschauer-Pakt-Truppen am 21. August in großer Zahl nach Prag. Während aber im Westen „1968“ als Symbol gesellschaftlicher Öffnung und Aufspaltung von Konventionen gilt, steht „1968“ im Osten für die Brežnev-Doktrin von der begrenzten Souveränität der sowjetischen Satellitenstaaten, für die Restauration kommunistischer Parteiherrschaft in Form einer zynisch „*normalizace*“ – „Normalisierung“ - genannten Repressionswelle. Mit anderen Worten: Die europäische Erinnerung an „1968“ ist eine geteilte, ja eine gegensätzliche.

An dieser Stelle ausführlicher auf das dritte im Programm genannte Datum,

(3) 1989

einzuwenden, hiesse Eulen nach Athen tragen, und ich mich will daher auf zwei Anmerkungen beschränken: Erstens die Tiefe der Zäsur von 1989, die ja für die westlichen Republiken der Sowjetunion erst für 1991 anzusetzen ist, wird in den Gesellschaften des östlichen Europa deutlich unterschiedlich gefühlt. In Ungarn etwa steht „1989“ für einen im politischen Bereich erfolgten verspäteten Vollzug dessen, was auf gesellschaftlicher Ebene bereits seit den späten siebziger und frühen achtziger Jahren Realität war. Und in Polen gelten als eigentliche Wendedaten das Danziger Abkommen zwischen der *Solidarność* und der Partei- und Staatsführung am 30. August 1980 und die Ausrufung des Kriegsrechts am 13.

Dezember 1981. Zweitens gibt es eine interessante internationale Kontroverse über das, was der US-amerikanische Europahistoriker Tony Judt 2006 in seinem fulminanten Buch *Postwar. A History of Europe since 1945* – auf Deutsch unter dem verkürzten und irreführenden Titel *Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart* erschienen – was von Judt „das Ende des Nachkriegs“ genannt hat. Ist im Herbst 1989, wie Judt postuliert, die 1945 einsetzende Nachkriegszeit in Europa und der Welt tatsächlich endgültig zuende gegangen? Sind wir seit 1989 Zeitzeugen des Beginns einer neuen Ära? Oder ist der Einschnitt wesentlich weniger tief, womöglich flacher als andere zuvor oder danach? Während Wirtschaftswissenschaftler und Politologen mit Blick auf das östliche Europa dessen zielgerichtete Transition zu Marktwirtschaft, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit betonen – und damit Judt implizit recht geben –, unterstreichen Ethnologen und Soziologen die Beharrungskräfte der vormals sowjetisch geprägten Gesellschaften, Ökonomien und politischen Kulturen und sprechen mit bezeichnender begrifflicher Ratlosigkeit von „Postsozialismus“ bzw. mittlerweile und noch unbeholfener: von „Post-Postsozialismus“.

Exemplarisch für diese gegensätzliche Interpretationen ist der Streit über die Sicht auf die eigene Vergangenheit zwischen den beiden großen politischen Lagern Polens. Während Liberale und Postkommunisten auf den Neuigkeitscharakter der 1989 formierten Dritten Polnischen Republik – nach der Ersten, die 1795 unterging, der Zweiten von 1918 bis 1939 und der aus der Zählung ausdrücklich ausgeklammerten Volksrepublik der Jahre 1944 bis 1989 – während also in dieser Perspektive der Neuigkeitscharakter der Dritten Republik unterstrichen wird, bestreiten die Nationalkonservativen um die Brüder Kaczyński und „Radio Maryja“ die Zäsur von 1989 und sehen die Dritte Republik in Kontinuität zur kommunistischen Volksrepublik. Entsprechend lautet ihre Parole „Für eine Vierte Republik!“, in der dann erstmals wirklich demokratische Verhältnisse herrschen werden. Mit anderen Worten: Das eigentliche „1989“ steht in dieser Perspektive noch aus.

Soweit mein zwangsläufig subjektiver Durchgang durch die Datentrias 1948 – 1968 – 1989 im Oberthema unseres Kongresses. Bei dieser Reihung handelt es sich, wie gesagt, um eine legitime, weitgehend auch sinnvolle, partiell aber auch explizit „westliche“ bzw. germanozentrische Sichtweise auf die Geschichte Europas seit dem Zweiten Weltkrieg.

(II)

Mein eigener und ebenfalls dreiteiliger Alternativvorschlag 1945 – 1956 – 2004 ist selbstverständlich ebenso subjektiv und hoffentlich gleichermaßen sinnvoll, dabei aber sowohl die Osthälfte Europas als auch Europa als ganzes jeweils stärker einbeziehend. Beide Periodisierungsmuster sind wiederum ihrerseits mitnichten alternativlos. (Gleichsam in Klammern erinnere ich hier lediglich an so markante Wendepunkte wie „1949“ - Gründung von Europarat, RGW und NATO -, „1951“ - Errichtung der Europäischen Montanunion -, „1955“ - Warschauer Pakt, österreichischer Staatsvertrag, Souveränität der DDR -, „1957“ - Römische Verträge mit der Gründung der EWG -, und vor allem „1975“ – KSZE-Konferenz mit Helsinki-Schlußakte. Auch daraus liesse sich natürlich ein Gerüst markanter Daten zur Zeitgeschichte Europas bauen.)

Warum ich die genannte Periodisierung 1945 – 1956 – 2004 für erkenntnisträchtiger halte, will ich kurz erläutern.

Erstens also

(1) 1945,

ein realhistorisches Datum, das eigentlich keiner Erläuterung bedarf und das überdies mit dem transatlantischen Erinnerungsort „8. Mai“ verbunden ist, der in der Rußländischen Föderation „9. Mai“ heißt und der für die „Befreiung der Völker Europas“, für den „Sieg über den Hitlerfaschismus“, gar für den „Triumph der Demokratie“ steht. Den langen Weg der westdeutschen Gesellschaft von der Deutung des „8. Mai“ als „Niederlage“, „Zusammenbruch“, „Katastrophe“, als

Symbol für „Besatzung“, „Siegerjustiz“ und „Teilung“, zur Neudeutung als „Befreiung von Unrecht und Fremdherrschaft“ will ich hier nicht nachzeichnen. Ich belasse es bei Richard von Weizsäckers Aussage in seiner bekannten Rede am 8. Mai 1985, derzufolge – Zitat: - „[d]er 8. Mai [...]für uns Deutsche kein Tag zum Feiern“ ist, „[u]nd dennoch [...] gilt: Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung.“ (Zitatende)

Ganz anders hingegen die heutige Sichtweise in Polen, Estland, Lettland oder Litauen: Hier ist die Chiffre „1945“ eindeutig negativ besetzt, da identisch mit einem anderen Erinnerungsort, nämlich mit „Jalta“. „Jalta“ steht dabei für den Verrat durch die eigenen anglo-amerikanischen Verbündeten mittels „Auslieferung“ an Stalin, für den betrogenen Sieg und für den lückenlosen Übergang von einem diktatorischen und fremdethnischen Besatzungsregime zu einem anderen – also für das, was der tschechische Exilschriftsteller Milan Kundera mit der griffigen Formel eines „*occident kidnappé*“, jenes von Stalin „entführten“ Teil des Westens belegt hat. Die Feierlichkeiten auf dem Roten Platz in Moskau am 9. Mai 2005, dem 60. Jahrestag des Kriegsendes, haben die Deutungsunterschiede dieses Symboldatums, die zwischen der Rußländischen Föderation und den Staaten Ostmitteleuropas herrschen, plastisch zu tage treten lassen. Der US-amerikanische Präsident George Bush hat am 7. Mai 2005, bei einem Zwischenstopp seiner Moskau-Reise in Riga, den Versuch unternommen, die divergierenden Sichtweisen einem übergreifenden Interpretationsschema einzufügen – und ich zitiere ihn:

„Für fast ganz Ost- und Mitteleuropa brachte der Sieg über Hitler die eiserne Herrschaft eines anderen Imperiums. Der Tag des Sieges markierte das Ende des Faschismus, beendete aber nicht die Unterdrückung. [...] Die Versklavung von Millionen Menschen in Mittel- und Osteuropa wird als eines der größten Übel der Geschichte im Gedächtnis behalten werden.“ (Zitatende)

Ich überlasse es Ihrem Urteil, inwieweit der amerikanische Präsident mit dieser Formel die Quadratur des Kreises gelungen ist. So einschneidend also die Zäsur

„1945“ für die Geschichte Deutschlands, Europas und der Welt ist, so divergierend sind ihre Interpretationen in Russland, Ostmitteleuropa, Deutschland und Westeuropa.

Das bringt mich zweitens zum Jahr

(2) 1956,

das mit Chruščëvs berühmter Entstalinisierungsrede im Frühjahr, mit den Arbeiterprotesten in Posen im Sommer und dem Aufstand in Ungarn samt sowjetischer Militärintervention im Herbst verbunden ist, in das aber auch die Suez-Krise, also der Krieg auf dem Sinai zwischen Ägypten auf der einen sowie Israel, Großbritannien und Frankreich auf der anderen fällt. Für die Periodisierung des Kalten Kriegs ist 1956 insofern ein Schlüsseldatum, als damals die Strukturprobleme sowjetischer Hegemonie über die Osthälfte Europas offenkundig wurden. Zum einen billigte der sowjetische Parteichef Nikita Chruščëv gleichsam im Nachhinein Titos Ausscheren von 1948 und gestand der polnischen Parteiführung um Władysław Gomułka das Recht auf weitreichende Liberalisierung zu, zum anderen entschied er sich in Budapest für den Einsatz brutaler Gewalt. Zum rapiden Verlust an Legitimation, den die sowjetische Herrschaft dadurch im ostmitteleuropäischen Sicherheitsglacis erlitt, kam die drastische Legitimitätseinbuße im eigenen Land durch die Enthüllungen über die Verbrechen Stalins hinzu. In Polen, Rumänien und Bulgarien, aber auch in der UdSSR war nach 1956 nichts mehr wie zuvor. Und in Ungarn, das haben die heftigen Konflikte über die „richtige“ Erinnerung vom Herbst 2006 gezeigt, ist „1956“, nicht „1989“, die wichtigste Wendemarke in der jüngsten Geschichte der eigenen Nation. (Die ČSSR und die DDR stellten insofern Ausnahmen dar, als hier „1956“ entweder nicht stattfand oder bereits drei Jahre zuvor stattgefunden hatte.) Meine These ist also, dass mit Blick auf Ostmitteleuropa, ja sogar für Russland „1989“ ohne „1956“ nicht denkbar ist.

Drittens schließlich einige knappe Bemerkungen zu

(3) 2004,

das nur auf den ersten Blick ein rein administratives Datum ist und den Beitritt der acht ostmitteleuropäischen Staaten Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Tschechische Republik, Ungarn und Slowenien zur Europäischen Union markiert (von denen fünf im selben Jahr überdies in die NATO aufgenommen wurden). Um Kunderas Bild vom „entführten“ Teil des „Westens“ aufzugreifen: Zwar sind die Entführten 1989 von ihrem Kidnapper frei gelassen worden, aber erst 2004 bei laufenden Kameras auf dem Rhein-Main-Flughafen in Frankfurt angekommen und triumphal empfangen worden. Das eigentliche „Ende von Jalta“, so diese Sichtweise, war in sicherheitspolitischer wie vor allem europa- bzw. integrationspolitischer Hinsicht nicht „1989“, sondern „2004“. „Ostmitteleuropa“ war jetzt nicht länger ein Teil „Osteuropas“ bzw. ein Niemandsland zwischen Ost und West, sondern erneut die Osthälfte Mitteleuropas, dessen Westhälfte einer gängigen Ansicht nach Deutschland, Österreich und die Schweiz bilden (ohne dass dafür der Begriff „Westmitteleuropa“ geprägt worden wäre).

(III)

Meine Damen und Herren,

ich habe eingangs die Behauptung aufgestellt, dass in der Abfolge '48 – '68 – '89 die westliche Perspektive dominieren würde, in der Kadenz '45 – '56 – '04 hingegen die östliche Sichtweise überwiege. Aus dem von mir Gesagten, geht diese Auslegung – so hoffe ich wenigstens – schlüssig hervor: „1948“ ist Teil des westlich-transatlantischen Narrativs von der Blockkonfrontation im Kalten Krieg, in dem Berlin „Frontstadt“ war und in dem man der UdSSR in ihrem „Hinterhof“ freie Hand lassen musste - siehe „1968“: Militärintervention in der Tschechoslowakei -, bis „1989“ der Kommunismus unter dem Druck des westlichen Demokratiemodells vor dem Ansturm der eigenen Bevölkerung kollabierte. „1945“ hingegen steht prototypisch für die ostmitteleuropäische Meistererzählung, in welcher die Westalliierten in der Stunde des Sieges Verrat an den eigenen Verbündeten übten, sie Stalin überliessen, kurz: für „Jalta“. „1956“ gilt

in dieser Sicht als erster, indes gescheiterter Versuch der Entführten, dem sowjetischen Kidnapper zu entkommen, wohingegen „2004“ für die erfolgreiche und nun auch formale „Rückkehr nach Europa“ steht.

Deutschland mit seiner geteilten wie doppelt diktatorischen Vergangenheit passt, wie Sie bemerkt haben werden, nur partiell in dieses Schema. Aber wie auch bezüglich der geteilten Erinnerungen der West- und der Osthälfte Europas kommt dem deutschen Fall Scharnierfunktion zu. Denn für uns ist „1945“ ein zentraler Erinnerungsort, wohingegen die wenigsten Deutschen mit „2004“ Konkretes verbinden. Über „1968“ diskutieren wir heftig, während wir mit „1956“ kaum etwas verbinden. Und „1989“ spielt für uns eine genau so wichtige Rolle wie für die Gesellschaften Ostmittel- und Südosteuropas – in markantem Gegensatz etwa zu Großbritannien, Norwegen oder der Schweiz. Zugleich gibt es aber spezifisch deutsche - west- wie ostdeutsche - Wendemarken, die für andere europäische Gesellschaften kaum oder keine Bedeutung haben. „1949“ mit der Gründung von Bundesrepublik und DDR wäre ein solches Datum, der 17. Juni 1953 natürlich, der 13. August 1961 oder auch die neue Ostpolitik mit dem Verträgen mit Moskau und Warschau 1970.

Abschließend und zugleich ausblickend die Frage, welche der genannten Daten in Zukunft die Gedächtnislandschaft der Europäer, gar eine künftige gesamteuropäische Erinnerungskultur prägen werden. Gleichsam gesetzte Kandidaten sind „1945“ und „1989“, allein schon wegen ihrer Europa transzendierenden globalen Bedeutung. „1989“ wird dabei aber mutmaßlich stärker im Kontext von „1956“, vielleicht auch von „1975“ gedacht werden. Ob sich im Rückblick des Jahres 2050 oder 2100 in der Tat „2004“ als entscheidene Zäsur ausnehmen wird – oder nicht doch eher das Euro-Jahr 2002 -, wird sich zeigen. Wenn mein Eingangszitat von Walter Benjamin lautete, „Geschichte schreiben heißt, Jahreszahlen ihre Physiognomie geben“, dann ist es durch den Hinweis zu ergänzen, dass Geschichtsschreibung, zumal Zeitgeschichtsforschung es ja mit einem beweglichen Ziel zu tun hat. „Geschichte schreiben“ – so müsste man daher

Benjamin präzisieren – „heißt, Jahreszahlen ihre Physiognomie“ immer wieder aufs Neue „geben“. Denn was sich heute als tiefe Zäsur und generationenübergreifender Erinnerungsort ausnimmt, kann schon morgen aus dem aktivierten kollektiven Gedächtnis ins sedimentierte kulturelle Gedächtnis herabsinken.

Der Zerfall der über Jahrhunderte hinweg fast ganz Mitteleuropa umfassenden und in vielerlei Hinsicht nachhaltig prägenden Habsburger Monarchie im Jahr 1918 etwa ist selbst in den meisten Nachfolgestaaten der Doppelmonarchie, in Polen, Ukraine, Slowakei, Tschechische Republik, Rumänien, Serbien, Montenegro, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Slowenien und Italien weitgehend vergessen, da mittels nationaler Geschichtspolitik verdrängt. (Das Österreich und das Ungarn der Gegenwart stellen dabei natürlich „imperiale“ Ausnahmen dar.)

Und dass der 28. Juni 1919 gleich für mehrere Generationen von Deutschen *den* Wende- und Fixpunkt im politischen wie privaten Leben dargestellt hat, wissen wir bereits nach nicht einmal acht Jahrzehnten nicht mehr. Das war der Tag der Unterzeichnung des Vertrages von Versailles durch Hermann Müller, den gleichfalls vergessenen ersten Außenminister und späteren zweimaligen Kanzler der Weimarer Republik. Knapp 14 Jahre danach wurde diese tiefe Zäsur durch „1933“ überlagert und weitere 12 Jahre später durch „1945“ gänzlich verdrängt. Mit anderen Worten: Binnen einer einzigen Generation änderten sich die erinnerungskulturellen Koordinaten der Deutschen grundlegend. Der Erinnerungsort „1989“ hat heute, 19 Jahre später, keine solche Entwertung erfahren und wird es wohl auch kurz- wie mittelfristig nicht – was vor allem darauf zurückzuführen ist, das uns konkurrierende Entwicklungen in Form globaler Erschütterungen, wie etwa des „9. Septembers 2001“, nur in Ausläufern erreicht haben, es hier also zu keiner Überlagerung gekommen ist.

Dennoch schreitet die Historisierung auch von „1989“ unaufhaltsam fort. Das ist einerseits ganz natürlich, andererseits aber bedenklich. Denn das Ende der „Teilung der Welt“ ist nicht, wie diese Teilung selbst, das Ergebnis bloßer Verschiebungen in

der globalen Machttektonik. Es ist vielmehr das Resultat einer transnationalen Grasswurzelbewegung, der ersten friedlichen Revolution in der modernen Geschichte. Es ist daher nicht zuletzt Ihre Aufgabe als Landesbeauftragte sowie als Bundesstiftung Aufarbeitung hierzulande sowie in Europa das Bewusstsein für die „Wende“ von 1989 sowie für die ihr vorausgehenden, ja sie bedingenden zeithistorischen Zäsuren wach zu halten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!